

Atomkraftwerke in Erdbebengebieten:

Wer macht's möglich???

Ihre Oberbürgermeisterin, Frau Dagmar Mühlenfeld

Wie das?

Ihre Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld sitzt im Aufsichtsrat von RWE.

RWE seinerseits will über 1,5 Milliarden Euro in das bulgarische Atomkraftwerk Belene investieren und verhandelt über eine Beteiligung am rumänischen AKW-Neubau Cernavoda. Beide Projekte liegen in Erdbebengebieten, leiden an der ungeklärten Entsorgung des radioaktiven Abfalls, verbreiteter Korruption und schwachen Aufsichtsbehörden.



Belene

Belene ist RWEs erstes Auslands-Atomabenteuer. An ihm zeigt sich, wie wenig dem Konzern an Sicherheit liegt: Das Projekt wird seit fast 30 Jahren geplant und ist ebenso lange umstritten. Schon in den 80er Jahren warnten sowjetische Wissenschaftler vor dem Erdbeben-Risiko. Schließlich wurden beim letzten großen Erdbeben 1977 zahlreiche Gebäude zerstört und 120 Menschen starben nur wenige Kilometer vom geplanten AKW-Standort entfernt.

Nach der Wende warnten auch Experten der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften vor einer Fertigstellung des Atomkraftwerks, u.a. wegen der seismischen Risiken. Die erste demokratisch gewählte bulgarische Regierung nahm diese Warnungen ernst. Sie stoppte das Projekt als „technisch unsicher und ökonomisch untragbar.“ Im Jahr 2005 grub aber eine neue bulgarische Regierung die Belene-Pläne wieder aus. Sie beauftragte im Jahr 2006 den russischen Konzern Atomstroyexport, zwei Reaktoren zu bauen. Für deren Design gibt es bisher weder Sicherheitsanalysen noch Betriebserfahrung. Deshalb warnt selbst der ehemalige Leiter der bulgarischen Atomaufsicht, Dr. Kastchiew, vor diesem Projekt. Nach seiner Einschätzung „stellt Belene ein nicht tolerierbares Sicherheits- und Umweltrisiko dar.“

RWE-Chef Großmann lässt sich von solchen Warnungen nicht beeindrucken. Er schloss vergangenen Dezember einen Vertrag mit den Bulgaren ab für eine Projektentwicklungsgesellschaft, die in 18 Monaten alle offenen Probleme lösen soll. Das war ein Entgegenkommen an den Aufsichtsrat, wo es große Bedenken gegen Belene gibt. Deshalb wurden große Versprechungen gemacht und deshalb kann der Aufsichtsrat RWE auch immer noch stoppen.

Pro-Atom kostet Wählerstimmen...

Fordern Sie deshalb Ihre Oberbürgermeisterin auf, sich im Aufsichtsrat klar gegen RWEs Beteiligung an Belene zu engagieren. Schließlich steht ihre Partei für den Atomausstieg und sie befindet sich im Kommunalwahlkampf.

FINGERWEG

